

Niederschrift

über die in der 07. Sitzung des Kreistages
am 25.06.2015 im Maywaldsaal des Kreishauses in Kleve gefassten Beschlüsse

Beginn der öffentlichen Sitzung	: 16:00 Uhr
Ende der öffentlichen Sitzung	: 17:12 Uhr
Beginn der nichtöffentlichen Sitzung	: 17:12 Uhr
Ende der nichtöffentlichen Sitzung	: 17:41 Uhr

anwesend sind

Angenendt, Brigitte	Kleve
Draack, Franz-Josef	Wachtendonk
Düllings, Paul	Issum
Elverfeldt von, Max	Weeze
Erkens, Hans-Willi	Geldern
Fenger, Andre	Rees
Giesen, Heinz	Geldern
Heinzel, Freddy	Emmerich am Rhein
Hohl, Peter	Kevelaer
Kerkenhoff, David	Kalkar
Kersten, Gertrud	Kranenburg
Klinkhammer, Robert	Rees
Koppers, Josef	Goch
Dr. Krebber, Klaus	Emmerich am Rhein
Mailänder, Josef	Straelen
Mulder, Andy	Kleve
Palmen, Manfred	Kleve
Papen, Hans-Hugo	Rheurdt
Poell, Peter	Goch
Schmidt, Gabriele	Kleve
Schreiber, Adolf	Goch
Selders, Hannes	Kevelaer
Stevens, Agnes	Uedem
Ulrich, Ulrike	Emmerich am Rhein
Winkels, Lothar	Bedburg-Hau
Wolters, Stephan	Geldern
Beckers, Irmgard	Issum
Berg, Josef	Kleve
Derstappen, Gertrud	Wachtendonk
Eicker, Sigrid	Geldern
Engler, Gerd	Goch
Franken, Jürgen	Kranenburg
Friedmann, Peter	Rees
Helbing, Peter	Kerken
Rupp, Thorsten	Emmerich am Rhein
Sander, Helma	Kalkar
Trenckmann, Bettina	Goch
Vopersal, Jörg	Kevelaer
Weber, Otto	Straelen
Wucherpfennig, Brigitte	Kleve
Gorißen, Dietmar	Kleve

Prof. Dr. Klapdor, Ralf	Uedem
Wittenburg, Thomas	Issum
Höhn, Birgitt	Emmerich am Rhein
Krystof, David	Goch
Dr. Prior, Helmut	Kleve
Sickelmann, Ute	Emmerich am Rhein
Terkatz, Hans-Hermann	Straelen
Währisch-Große, Elke	Rheurdt
Raubach, Müserref	Kleve
Reuter, Tim	Geldern
Severin, Rainer	Kleve
Habicht, Kai	Kerken

entschuldigt sind

Croonenbroek, Hubertina	Kerken
Kreutzmann, Andrea	Geldern
Plotke, Kathrin	Uedem
Heinricks, Michael	Kerken
Natrop, Mathias	Kranenburg

anwesend sind von der Verwaltung

Spreen, Wolfgang
Boxnick, Zandra
Suerick, Wilfried
Reynders, Rudolf
Jansen, Christoph
Keuken, Ruth
Lamers, Silke
Lamers, Monika
Beem, Maximilian (Praktikant)

als Schriftführerin

Franken, Christina

- - - - -

Wortmeldungen im Rahmen der Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner ergehen nicht.

Landrat stellt fest, dass die Einladung zur Sitzung ordnungsgemäß erfolgt ist, die Einladungsfrist eingehalten und Ort und Zeitpunkt der Sitzung in der vorgeschriebenen Weise bekanntgemacht worden sind.

Landrat stellt weiter fest, dass der Kreistag beschlussfähig ist.

Hinweis auf nachgereichte Unterlagen:

- Wahlvorschlag der FDP-Kreistagsfraktion vom 24.06.2015 zu Tagesordnungspunkt 3 „Vorschläge zur Berufung von ehrenamtlichen Richterinnen und Richtern beim Sozialgericht Duisburg für die Amtszeit vom 01.01.2016 bis 31.12.2020“

Anträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Auf die Frage des Landrats an die Kreistagsmitglieder, ob sich jemand im Sinne der gesetzlichen Ausschlussgründe zu einem Tagesordnungspunkt oder Beratungsgegenstand für befangen hält, ergeht keine Wortmeldung.

Öffentliche Sitzung

- | | | |
|-----|--|------------|
| 1. | Ersatzwahl
Forum für Seniorinnen und Senioren | 241/WP14 |
| 2. | Rheinisch Westfälische Elektrizitätswerke AG (RWE AG);
Wahl des Vertreters/der Vertreterin sowie des Stellvertreters/der
Stellvertreterin des Kreises Kleve in der Hauptversammlung | 242/WP14 |
| 3. | Vorschläge zur Berufung von ehrenamtlichen Richterinnen und
Richtern beim Sozialgericht Duisburg für die Amtszeit vom
01.01.2016 bis 31.12.2020 | 256/WP14 |
| 4. | Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung
Benennung einer Vertreterin / eines Vertreters des Kreises Kleve im
Rechnungsprüfungsausschuss der Euregio Rhein Maas-Nord | 257/WP14 |
| 5. | Einführung von OpenData beim Kreis Kleve | 273/WP14 |
| 6. | Freies WLAN für den Kreis Kleve
Antrag der Kreistagsfraktionen CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN, FDP und DIE LINKE/PIRATEN vom 28.05.2015 sowie
Erklärung der Kreistagsfraktion AfD/MH vom 01.06.2015 | 277_1/WP14 |
| 7. | Automatisierte Externe Defibrillatoren
Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE/PIRATEN vom 11.05.2015 | 275_1/WP14 |
| 8. | Reaktivierung der Schienenverbindung von Kleve nach Nijmegen;
Verlängerung der Schnellbuslinie SB 58 bis zur Radboud Universität
in Nijmegen;
Gemeinsamer Antrag der Kreistagsfraktionen von CDU und FDP
vom 17.03.2015 sowie Erklärung der Kreistagsfraktion AfD/MH vom
01.06.2015 | 255_1/WP14 |
| 9. | Resolution des Kreistages Kleve zur Einbeziehung des Kreisgebiets
in den Feldversuch Lang-Lkw der Bundesregierung;
Antrag der FDP-Kreistagsfraktion vom 23.04.2015 | 253a/WP14 |
| 10. | Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 7 - Gocher Heide;
Anpassung des Landschaftsplans an die kommunale Bauleitpla-
nung der Gemeinde Bedburg-Hau (55. Änderung des Flächennut-
zungsplans der Gemeinde Bedburg-Hau und Aufstellung des Be-
bauungsplans 12d - Hasselt-Süd) | 246/WP14 |
| 11. | Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 9 - Goch;
Anpassung des Landschaftsplans an die kommunale Bauleitpla-
nung der Stadt Goch (94. Änderung des Flächennutzungsplans der
Stadt Goch) | 247/WP14 |
| 12. | Anpassung von Landschaftsplänen des Kreises Kleve an
kommunale Bauleitpläne im Zusammenhang mit der Ausweisung
von Konzentrationszonen für Windenergie:
Landschaftsplan Nr. 10 - Weeze | 269/WP14 |

Landschaftsplan Nr. 11 - Kevelaer

- 13. Mitteilungen
- 14. Anfragen

Nichtöffentliche Sitzung

- 15. Grundstücksangelegenheiten 274/WP14
hier: Veräußerung eines in der Gemarkung Geldern liegenden Gebäudes
- 16. Grundstücksangelegenheiten und Zustimmung zur Leistung einer 276/WP14
überplanmäßigen Auszahlung;
hier: Erwerb eines bebauten Grundstückes in Kleve
- 17. Berichte aus den Beteiligungen des Kreises Kleve 280/WP14
- 18. Mitteilungen
- 19. Anfragen

Zu Punkt 1 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 241 /WP14

Ersatzwahl
Forum für Seniorinnen und Senioren

Landrat berichtet von der einstimmigen Beschlussempfehlung des Kreisausschusses.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Frau Hubertina Croonenbroek wird als Vertreterin für die Gemeinde Kerken in das Forum für Seniorinnen und Senioren des Kreises Kleve gewählt. Herr Reinhard Teloy wird als Stellvertreter für die Gemeinde Kerken in das Forum für Seniorinnen und Senioren gewählt.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 242 /WP14

Rheinisch Westfälische Elektrizitätswerke AG (RWE AG);
Wahl des Vertreters/der Vertreterin sowie des Stellvertreters/der Stellvertreterin des Kreises Kleve in der Hauptversammlung

Landrat berichtet von der einstimmigen Beschlussempfehlung des Kreisausschusses.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Als Vertreter für die RWE-Hauptversammlung wird Herr Thorsten Rupp gewählt. Als Stellvertreter wird Herr Gerd Engler gewählt.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 256 /WP14

Vorschläge zur Berufung von ehrenamtlichen Richterinnen und Richtern beim Sozialgericht Duisburg für die Amtszeit vom 01.01.2016 bis 31.12.2020

Landrat berichtet, dass der Kreisausschuss keine Beschlussempfehlung ausgesprochen hat.

Auf die Frage des Landrates, ob weitere Wahlvorschläge eingereicht werden, ergeht keine Wortmeldung.

Kreistag einigt sich, dass die bisher eingereichten Wahlvorschläge als einheitlicher Wahlvorschlag zur Abstimmung gestellt werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Für die Aufstellung der Vorschlagslisten zur Berufung von ehrenamtlichen Richterinnen und Richtern beim Sozialgericht Duisburg werden folgende Personen benannt:

Lfd. Nr.	Name/Vorname	Straße, Wohnort, Telefon
1	Giesen, Heinz	Meisenweg 21, 47608 Geldern 02831/8338
2	Kersten, Gertrud	Kirchstraße 18 47559 Kranenburg 02826/5496
3	Koppers, Josef	Kranenburger Str. 102 47574 Goch 02827/9320
4	Gorißen, Marion	Dürerstr. 38a 47533 Kleve 02821/48899
5	Beckers, Irmgard	Burgweg 10 47661 Issum 02835/790024

6	Eicker, Sigrid	Stauffenbergstr. 19 47608 Geldern 02831/87549
7	Siebert, Susanne	Brahmstr. 6 47533 Kleve 02821/768522
8	Peerenboom, Johannes	Niersstr. 35 47533 Kleve

Zu Punkt 4 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 257 /WP14

Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung
Benennung einer Vertreterin / eines Vertreters des Kreises Kleve im Rechnungsprüfungsausschuss der Euregio Rhein Maas-Nord

Landrat berichtet von der einstimmigen Beschlussempfehlung des Kreisausschusses.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 1 Enthaltung

Beschluss:

Die als Anhang beigefügte Dringlichkeitsentscheidung wird genehmigt.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 273 /WP14

Einführung von OpenData beim Kreis Kleve

Kreistag nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 6 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 277 _1/WP14

Freies WLAN für den Kreis Kleve
Antrag der Kreistagsfraktionen CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE/PIRATEN vom 28.05.2015 sowie Erklärung der Kreistagsfraktion AfD/MH vom 01.06.2015

Landrat berichtet von der einstimmigen Beschlussempfehlung des Kreisausschusses.

KTM Franken erklärt, dass der ursprüngliche Antrag im Kreisausschuss nicht zurückgenommen worden sei, sondern als erledigt betrachtet wird. Seine Fraktion sei erfreut über den gemeinsamen

Antrag. Der Kreis würde durch die Einrichtung von freiem WLAN attraktiver. Seine Fraktion fordere die Bundesregierung auf, Rechtssicherheit zu schaffen. Auch die Verwaltung habe ja bereits die Störerhaftung angesprochen.

KTM Währisch-Große erkundigt sich, welche Wirkung die Erklärung der Fraktion von AfD/MH habe. Sie frage sich, ob ihre Fraktion ungefragt zusammen mit der Fraktion AfD/MH zum Antragssteller werde.

Landrat erklärt, dass es sich um eine gesonderte öffentliche Erklärung handele. Die Fraktion habe sich dem Anliegen angeschlossen, ohne gleichzeitig Antragssteller zu werden.

KTM Wucherpfennig erklärt, dass die Fraktion AfD/MH auf Facebook Erklärungen abgeben würde, ohne den konkreten Namen der Fraktion zu benennen. Es würden im Namen "der Kreistagsfraktion" Erklärungen abgegeben. Dies solle der Landrat rechtlich prüfen.

Landrat erklärt, dass die Verwaltung dem nachgehen würde, soweit der Kreis betroffen sein könnte und dann berichten werde.

KTM Krystof führt aus, dass ihm das Thema sehr wichtig sei. Mit dem Antrag werde ein symbolisches Zeichen nach außen gesetzt. Durch das Anbieten von freiem WLAN in den Gebäuden des Kreises würde die Idee von einem freien und unbewachten Internet unterstützt. Gleichzeitig würde das ehrenamtliche Engagement der Freifunker gewürdigt. Dem Einsatz der Freifunker sei es zu verdanken, dass es über 250 Zugangspunkte im Kreis Kleve geben würde. Freifunk sei mehr als kostenloses Internet. Es werde Wissen vermittelt, es würde eine Gemeinschaft entstehen und Teilhabe für Menschen ermöglicht, die sich aus unterschiedlichen Gründen den Zugang nicht leisten können. Freifunk sei digitale Allmende und es würde die Grundlage für die digitale Gesellschaft von morgen geschaffen. Der Landtag NRW habe sich vor wenigen Stunden ebenfalls mit dem Thema beschäftigt. Mehrheitlich sei beschlossen worden, den Freifunkern landeseigene Gebäude zur Verfügung zu stellen. Dies sei ein großer Schritt. Sein Dank gelte auch KTM Kerkenhoff. Dieser habe zwischen den Fraktionen und der Verwaltung Brücken gebaut.

KTM Kerkenhoff bedankt sich bei KTM Krystof und lobt die interfraktionelle Fraktionsarbeit.

KTM Reuter sagt, dass im Jahr 2015 das Internet für einige noch Neuland sei und für andere täglicher Kommunikationsweg. Der Kreis Kleve habe in vielen digitalen Bereichen einen großen Nachholbedarf. Als Beispiel sei der Breitbandausbau auch in ländlichen Gebieten zu nennen. Mit Freifunk würde ein wichtiger Meilenstein zur digitalen Agenda erreicht. Der Zugang zu einem freien und offenen Internet sei für Menschen von essentieller Bedeutung, ermögliche Zugang zu freiem Wissen und fördere den regionalen Tourismus. Für ausländische Touristen entfalle das Roaming. Kurz vor der Kreistagssitzung habe der Landtag NRW einen Freifunk-Antrag mehrheitlich beschlossen. Hierfür möchte er sich bedanken. Ebenso bedankt er sich für die interfraktionelle Zusammenarbeit.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Dem Antrag der Kreistagsfraktionen CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE/PIRATEN vom 28.05.2015 wird zugestimmt.

Zu Punkt 7 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 275 _1/WP14

Automatisierte Externe Defibrillatoren
Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE/PIRATEN vom 11.05.2015

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Dem Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE/PIRATEN wird zu Punkt 5 stattgegeben. Punkt 6 wird stattgegeben, in dem dieser nun lautet, dass die Verwaltung beauftragt wird, öffentlich dafür zu werben, dass in Frage kommende Einrichtungen ebenfalls AEDs installieren.

Zu Punkt 8 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 255 _1/WP14

Reaktivierung der Schienenverbindung von Kleve nach Nijmegen;
Verlängerung der Schnellbuslinie SB 58 bis zur Radboud Universität in Nijmegen;
Gemeinsamer Antrag der Kreistagsfraktionen von CDU und FDP vom 17.03.2015 sowie Erklärung der Kreistagsfraktion AfD/MH vom 01.06.2015

KTM Prof. Dr. Klapdor bringt seine Freude über die Einigung zwischen den Fraktionen zum Ausdruck. Bis zur Reaktivierung der Schienenverbindung würde noch einige Zeit vergehen. Daher sei die Verlängerung der Schnellbuslinie ein erster Baustein. Er hofft auf fruchtbare Gespräche.

KTM Franken erkundigt sich, ob die von seiner Fraktion im Kreisausschuss angesprochenen Anregungen auch mit in die Gespräche einbezogen werden.

Landrat bejaht dies.

KTM Palmen sagt, dass es seiner Fraktion im Wesentlichen um zwei Punkte gehen würde. Der erste Punkt sei, ob man die vorhandene Linie verlängern könne. Der zweite Punkt sei, ob eine nominelle Schnellbuslinie in eine echte Schnellbuslinie umgewandelt werden könne. Die eingebrachten Anregungen können mit in die Gespräche einbezogen werden. Der Rest solle dem Verhandlungsgeschick des Landrates überlassen werden. Seine Fraktion werde zustimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, Gespräche mit der NIAG zur Prüfung der Umsetzbarkeit einer Verlängerung der Schnellbuslinie SB 58 über Centraal Station in Nijmegen hinaus bis zur Radboud-Universität zu führen.

Dem gemeinsamen Ergänzungsantrag der Kreistagsfraktionen CDU und FDP vom 17.03.2015 wird insofern entsprochen. Über das Ergebnis wird berichtet.

Resolution des Kreistages Kleve zur Einbeziehung des Kreisgebiets in den Feldversuch Lang-Lkw der Bundesregierung;
Antrag der FDP-Kreistagsfraktion vom 23.04.2015

Landrat berichtet von der mehrheitlichen Beschlussempfehlung des Kreisausschusses.

KTM Prof. Dr. Klapdor erklärt, dass es darum gehe, dass es LKWs geben würde, die auf aktuellem technischen Stand, aber länger als normalerweise sind. Diese seien aber nicht schwerer. Dies würde z.B. bei Brücken bedeuten, dass es eine geringere Gefährdung geben würde. Es sei bedauerlich, dass einige Bundesländer keine einzige Strecke zur Verfügung stellen würden. Hierzu gehöre auch NRW. Gerade im Kreis Kleve sei dies für den Gartenbau ärgerlich. Hier würden vergleichsweise leichte Güter transportiert, für die man aber gerne relativ viel Fläche hätte. Es handle sich hier um Güter, die nicht mit anderen Verkehrsmitteln transportiert werden können. Im südlichen Kreisgebiet könne man auch erkennen, dass sehr viele LKWs unterwegs seien. Lang-LKW könnten einen Beitrag leisten, die Anzahl der LKWs zu verringern. Daher solle auf ausgewählten und geeigneten Strecken geprobt werden. Hier würden sich z.B. Autobahnen eignen. Bisher sei das auf Landesebene nicht möglich. Jedoch komme auf Landesebene bei der SPD Bewegung in das Thema. Dies sei erfreulich und wäre für den Kreis auch wünschenswert.

KTM Sickelmann bringt zum Ausdruck, dass der Antrag nicht sinnvoll sei. Die Verkehrsinfrastruktur im Kreis sei nicht geeignet und die Sicherheit für die Bevölkerung sei nicht gegeben. Ihre Fraktion lehne den Beschlussvorschlag ab.

KTM Franken berichtet, dass seine Fraktion sich nochmals beraten habe. Man bleibe jedoch bei der Ablehnung. Die Ablehnung begründe sich aus den hohen Investitionen und Sicherheitslücken. Interessant sei eine neue Studie vom 11.06.15, die sich mit der Frage von Lang-LKW befasst habe. Dort werde unter anderem gesagt, dass durch den Einsatz von Lang-LKW doch wieder ein Rückfluss von zusätzlichem LKW-Verkehr stattfinden wird. Dies konterkariere die Linie seiner Fraktion, dass der Frachtverkehr mehr auf Bahn und Wasserstraße verlegt werden solle. Darüber hinaus müsse man sich die Längenverhältnisse anschauen. Würde man sich auf die Länge von 25,25 m zwei PKWs hinzudenken, habe man die Länge einer Boeing 737. Keiner wolle eine Boeing 737 auf einer Autobahn überholen wollen.

KTM Düllings merkt an, dass der Fraktionsvorsitzende der SPD-Landtagsfraktion in Baden-Württemberg gesagt habe, dass Vor- und Nachteile von Lang-LKW im Lichte der Begleitstudie noch einmal abgewogen werden müssten und weiter bloß "Nein" sagen nicht helfe und auf Spitzenebene das Gespräch mit den grünen Koalitionspartnern gesucht werde. Offensichtlich hätten die Ergebnisse der Begleitstudie dazu geführt, dass man woanders bereit sei, nachzudenken. Seine Fraktion bedauere die Verweigerungshaltung der Landesregierung in NRW. Fakt sei, dass man mit Effizienzgewinn und Kraftstoffersparnissen von 15-25 % durch den Einsatz von Lang-LKW rechnen könne. Die Studie laufe noch und die Ergebnisse werden noch weiter fortgeschrieben. Der Dank seiner Fraktion gelte der FDP, da diese das Thema in den Kreistag eingebracht habe. Nicht nur die Politik, auch die Wirtschaft habe sich zu Wort gemeldet. Es gehe um Güter, die nicht auf der Schiene oder auf dem Wasser transportiert werden können. Es handle sich um einen Versuch. Diesem sollte man sich anschließen, damit man von den Ergebnissen profitieren könne.

KTM Habicht erklärt, dass seine Fraktion den Antrag begrüße. Es handle sich um einen Versuch, der nicht von vorne herein abgelehnt werden solle. Der Überholvorgang werde nur unwesentlich verlängert, die Rastplätze seien auch sowieso schon voll, normale LKWs würden auch nicht in Nothaltebuchten passen und der CO₂-Ausstoß sei marginal. Seine Fraktion stimme dem Antrag zu.

KTM Raubach macht deutlich, dass ihre Fraktion den Antrag aus den von der SPD und den Grünen aufgeführten Gründen ablehnt.

KTM Eicker äußert, dass ihre Fraktion die Resolution weiterhin ablehne. Es würden auch keine Appelle von CDU und FDP helfen. KTM Klapdor würde die Länge der LKWs vom Inhalt abhängig machen und erklären, dass Blumen darin gut transportiert werden können. Diese Argumente würden nicht greifen.

KTM Währisch-Große führt aus, dass sie jeden Morgen die A40 nutze und Gigaliner bei der Verkehrssituation ihrer Meinung nach dort nicht überholt werden können. Die FDP-Fraktion wolle die Gigaliner durch die am dichtesten befahrende Verkehrssituation in Deutschland - das Ruhrgebiet - fahren lassen. Verschiedenste Brücken seien jetzt schon marode.

KTM Prof. Dr. Klapdor erwidert, dass die Situation momentan so sei, dass Lang-LKW aus den Niederlanden ankommen und an der Grenze umgepackt werden müssen. Es gehe also genau in die andere Richtung. Dies wäre irrsinnig und man solle sich erstmal fachkundig machen. Weiterhin solle KTM Franken erklären, wie er sich den Transport von Blumen über Wasser oder Schienen vorstelle. Dies erschließe sich ihm nicht.

KTM Palmen ist der Ansicht, dass sich jeder die Fakten aus verschiedenen Studien herausuchen würde, die ihm gerade passen. Es müsse die objektive Situation betrachtet werden. In 7 Ländern würde der Feldversuch seit 3 Jahren durchgeführt und bisher sei kein Unfall passiert. Das zulässige Straßennetz, welches befahren werden dürfe, betrage 10.000 km. 70 % seien Autobahnen. Nur 1 % der überörtlichen Straßen dürfe benutzt werden. Würde sich der Kreis an dem Feldversuch beteiligen, würden die gleichen Bedingungen gelten. Daher solle zumindest der Versuch gestartet werden. Die SPD-Fraktion solle vernünftig diskutieren und nicht ideologische Dinge in den Vordergrund stellen.

KTM Franken weist nochmals auf die zusätzliche Studie vom 11.06.15 hin. Seine Fraktion habe nicht ideologisch sondern sachlich an der Thematik weiter gearbeitet und sei zu dem bereits vortragenen Ergebnis gekommen. Die Meinung seiner Fraktion solle akzeptiert werden. Der Feldversuch laufe auf einem breiten Gebiet in verschiedenen Bundesländern. Die Ergebnisse würden gespannt abgewartet werden.

KTM Düllings spricht an, dass es verschiedene Studien geben würde. Es würde auch eine neutrale Auswertung des Bundesverkehrsministeriums geben. Es würde darüber hinaus die zahlreichen Studien nicht geben, wenn keiner den Mut gehabt hätte, etwas Neues auszuprobieren. Bedauerlich sei, dass in NRW und zum Teil auch im Kreis Kleve kein Mut hierzu besteht. Zum Hinweis auf KTM Währisch-Große zur Verkehrssituation der A40 sei zu sagen, dass diese allen ausreichend bekannt sei. Er richtet jedoch die Frage an KTM Währisch-Große, wer für diese Verkehrssituation auf den Autobahnen in NRW verantwortlich sei.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 23 Gegenstimmen

Beschluss:

Dem Antrag der FDP-Fraktion im Kreistag des Kreises Kleve wird entsprochen. Die Verwaltung wird beauftragt, der Landesregierung Nordrhein-Westfalen umgehend die nachfolgende Resolution des Kreistages des Kreises Kleve vorzulegen:

Resolution

Die Landesregierung NRW wird aufgefordert, sich an dem Feldversuch des Bundesministeriums für Verkehr und Digitale Infrastruktur (BMVI) mit Lang-Lkw schnellstmöglich zu beteiligen. Ziel des Kreises Kleve ist es, dass die in anderen Ländern üblichen Lang-Lkw bis 25,25 m versuchsweise auch auf ausgewählten und geeigneten Strecken im Kreis Kleve verkehren können. Damit soll un-

ter strengen Standards erprobt werden, ob ökologische und ökonomische Vorteile auch im Kreis Kleve realisierbar sind.

Zu Punkt 10 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 246 /WP14

Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 7 - Gocher Heide;
Anpassung des Landschaftsplans an die kommunale Bauleitplanung der Gemeinde Bedburg-Hau (55. Änderung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Bedburg-Hau und Aufstellung des Bebauungsplans 12d - Hasselt-Süd)

Landrat berichtet von der einstimmigen Beschlussempfehlung des Kreisausschusses.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Der Kreis Kleve als Träger der Landschaftsplanung erhebt vorbehaltlich der landesplanerischen Zustimmung unter den Voraussetzungen keine Bedenken gegen die Anpassung des Landschaftsplans des Kreises Kleve Nr. 7 - Gocher Heide an die kommunale Bauleitplanung der Gemeinde Bedburg-Hau, dass:

- die beabsichtigte Flächennutzungsplanänderung in einem Bebauungsplan konkretisiert wird und
- auf der Grundlage einer qualifizierten Eingriffs-/Ausgleichsbilanzierung unter Beachtung des Artenschutzes die erforderlichen Maßnahmen zur Eingriffsvermeidung, zur Eingriffsminimierung und zum Ausgleich bzw. Ersatz der unvermeidbaren Eingriffe in Natur und Landschaft festgesetzt werden.

Zu Punkt 11 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 247 /WP14

Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 9 - Goch;
Anpassung des Landschaftsplans an die kommunale Bauleitplanung der Stadt Goch (94. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Goch)

Landrat berichtet von der einstimmigen Beschlussempfehlung des Kreisausschusses.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Der Kreis Kleve als Träger der Landschaftsplanung erhebt unter den Voraussetzungen keine Bedenken gegen die Anpassung des Landschaftsplans an die kommunale Bauleitplanung der Stadt Goch, dass:

- die beabsichtigte Flächennutzungsplanänderung in einem Bebauungsplan konkretisiert wird,
- auf der Grundlage einer qualifizierten Eingriffs-/Ausgleichsbilanzierung unter Beachtung des Artenschutzes die erforderlichen Maßnahmen zur Eingriffsvermeidung, zur Eingriffsminimierung und zum Ausgleich bzw. Ersatz der unvermeidbaren Eingriffe in Natur und Landschaft festgesetzt werden. Sollte ein Ausgleich erforderlich werden, wird dieser durch die Darstellung

von Flächen zur Anpflanzung von Bäumen und Sträuchern im Bebauungsplanverfahren festgesetzt und

- der Änderungsbereich mit der Grünfläche im gültigen Landschaftsplan verbleibt.

Zu Punkt 12 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 269 /WP14

Anpassung von Landschaftsplänen des Kreises Kleve an kommunale Bauleitpläne im Zusammenhang mit der Ausweisung von Konzentrationszonen für Windenergie:
Landschaftsplan Nr. 10 - Weeze
Landschaftsplan Nr. 11 - Kevelaer

Landrat berichtet von der einstimmigen Beschlussempfehlung des Kreisausschusses.

KTM Habicht erklärt, dass er sich enthalten werde. Der Infraschall sollte nicht außer Acht gelassen werden. Bei zukünftigen Entscheidungen zu dem Thema werde seine Fraktion definitiv nicht zustimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 1 Enthaltung

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt:

1.

§ die 4. Änderung des Landschaftsplans des Kreises Kleve Nr. 10 - Weeze und
§ die 6. Änderung des Landschaftsplans des Kreises Kleve Nr. 11 - Kevelaer
für die Konzentrationszone für Windenergie der Stadt Kevelaer „Schwarzbruch“ im vereinfachten Verfahren gemäß § 29 Abs. 2 Landschaftsgesetz (LG NRW) durchzuführen und in der Zeit vom 01.07.2015 bis 07.08.2015 den Eigentümern der von den Änderungen betroffenen Grundstücke und den von den Änderungen berührten Trägern der öffentlichen Belange Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

2.

Im Rahmen der vereinfachten Änderungsverfahren die allgemeinen Festsetzungen für Landschaftsschutzgebiete um folgende Unberührtheitsregelung zu erweitern:

Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 10 - Weeze:

h) die Errichtung von Windenergieanlagen im Bereich von Konzentrationszonen des Flächennutzungsplanes; für die damit verbundenen Ver- und Entsorgungsleitungen ist eine Ausnahme zu erteilen, wenn das Vorhaben § 26 (2) BNatSchG nicht entgegensteht.

Der Geltungsbereich der Unberührtheit ist in der Kartendarstellung gelb umrandet dargestellt.

Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 11 - Kevelaer:

i) die Errichtung von Windenergieanlagen im Bereich von Konzentrationszonen des Flächennutzungsplanes; für die damit verbundenen Ver- und Entsorgungsleitungen ist eine Ausnahme zu erteilen, wenn das Vorhaben § 26 (2) BNatSchG nicht entgegensteht.

Der Geltungsbereich der Unberührtheit ist in der Kartendarstellung gelb umrandet dargestellt.

Zu Punkt 13 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 279 /WP14

Mitteilungen

KTM Franken weist darauf hin, dass nochmals klargestellt wird, dass den Kreisen und kreisfreien Städten zusätzliche Stellen zugewiesen werden. Es sei somit nicht so, dass an anderer Stelle entsprechende Lehrerstellen abgezogen werden. Dies sei von der Verwaltung in der Vergangenheit so dargestellt worden.

Landrat stellt für die Verwaltung fest, dass dies anders sei. Lehrerinnen und Lehrer würden vor Ort abgezogen.

KTM Rupp erkundigt sich, ob die eingebrachten Projektideen dem Kreistag zur Kenntnis gegeben werden können. Er merkt an, dass der Weg, den der Kreis eingeschlagen habe, komplizierter sei. Es sei schade, dass die Chance auf ein KIZ nicht genutzt worden sei.

Landrat macht nochmals deutlich, dass der Kreis aktiv geworden sei, da es ansonsten keine Fördermittel gegeben hätte. Er könne nicht zusagen, dass über die Projekte im Detail berichtet wird, da die Kommunen pauschale Konzeptionen vorlegen müssen. Die Dinge, die der Kreis von den Kommunen erhält, können dem Kreistag gerne zur Kenntnis gegeben werden.

Kreistag nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 14 der Tagesordnung:

Anfragen

KTM Kerkenhoff stellt eine Frage zu Konzentrationsflächen für Windenergie. In Kalkar würden zurzeit Konzentrationsflächen für Windenergie ausgewiesen. Im Bereich Neulouisendorf würde sich ein Anwohner sehr betroffen fühlen. Er habe die Information, dass der Kreis Kleve bereits eine Anlage genehmigt habe. Er erkundigt sich, wann, wie und unter welchen Voraussetzungen dies geschehen sei.

KTM Prof. Dr. Klapdor führt aus, dass der Landschaftsverband Rheinland seinen Haushalt verabschiedet habe. Über einiges sei er etwas irritiert gewesen. Es sei die Rede von der Aufhebung der Personalkostenbudgetierung, einem zusätzlichem Dezernat, eine eigene Bautätigkeit über eine Tochtergesellschaft, der Gründung einer Fortbildungsstelle etc. gewesen. Da es sich um einen Umlagehaushalt handelt, habe er die Befürchtung, dass auf den Kreis höhere Kosten zukommen. Daher erkundigt er sich nach der Einschätzung des Landrates zum Haushalt des LVR.

KTM Wucherpfennig erkundigt sich bei KTM Prof. Dr. Klapdor, ob ihm bekannt sei, dass das Personalkostenbudget nicht aufgehoben worden sei, es einen Prüfauftrag zur Kostensenkung geben würde, damit die Fortbildungen der Mitarbeiter an einer zentralen Stelle durchgeführt werden können und somit nicht teure Unterkünfte gebucht werden müssen und dass der Haushalt auch von der FDP-Fraktion in der Landschaftsversammlung mitverabschiedet worden sei.

KTM Hohl schließt sich KTM Wucherpfennig an.

KTM Währisch-Große erkundigt sich nach einer Befreiung gem. § 67 BNatSchG und § 69 LG NRW zur Errichtung einer neuen landwirtschaftlichen Hofstelle in Rheurdt-Schaephuysen. Hierzu überreicht sie einen schriftlichen Fragenkatalog. Zusammenfassend sei zu sagen, dass es um die

Frage gehe, wie gewährleistet wird, dass der Schutzzweck des Gebietes nicht durch die Betriebs-einrichtung beeinträchtigt wird.

KTM Habicht bedankt sich für die Beantwortung seiner Anfrage aus der letzten Kreistagssitzung zum TTIP. Jedoch sei offen geblieben, ob die Verwaltung das angesprochene Gutachten kennt.

KTM Reuter spricht die Vorkommnisse bei verschiedenen Zulassungsstellen in einigen Bundes-ländern an. Dort seien Hacker-Angriffe durchgeführt worden. Er erkundigt sich, ob das Straßen-verkehrsamt beim Kreis sicher sei, wie dies überprüft werde und ob es Prüfberichte geben würde, bei denen nach BSI-Standards geprüft werde. Weiterhin erkundigt er sich, ob die IT in der Kreis-verwaltung auch in regelmäßigen Abständen geprüft wird und ob es hierzu Prüfberichte gibt, die man einsehen kann. Eine weitere Frage betrifft den Breitbandausbau. Er erkundigt sich, ob die Verwaltung aktuelle Zahlen besitzt, wo im Kreis noch sogenannte "weiße Flecken" sind und somit eine Unterversorgung von Breitband-Internetzugang besteht.

Landrat sichert die schriftliche Beantwortung der Anfragen zu.

KTM Franken erkundigt sich nach der Antwort auf die Anfrage seiner Fraktion vom 28.05.2015 zum Thema Windenergie.

Landrat sagt, dass die Antwort in Bearbeitung sei.